

Ressort Bezirke aus der Morgenpost vom Mittwoch, 16 Februar 2005

Burghotel mit U-Bahn-Anschluß

Spandau: SPD legt Nutzungskonzept für Zitadelle vor: Überregionale Ausstellungen statt Sammlung zur Stadthistorie

Von Helga Labenski

Mit einem eigenen Nutzungskonzept für die Zitadelle haben sich Spandaus Sozialdemokraten in die Debatte über eine bessere Vermarktung der Renaissancefestung eingeschaltet. In dem gestern vorgestellten Papier fordert die SPD, bezirkliche Nutzungen zu Gunsten von Veranstaltungen und Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung zurückzudrängen.

So solle sich das Spandauer Zeughaus von seiner stadtgeschichtlichen Sammlung trennen und überregionale Ausstellungen präsentieren. In der Exerzierhalle will die SPD statt der Kanonensammlung Restaurant und Museumsshop unterbringen. Auch ein Hotel sei vorstellbar. Das Haus 6, das derzeit provisorisch für die Ausstellung "60 Jahre Frieden" hergerichtet wird, käme dafür in Frage. "Das wäre das einzige Burghotel mit U-Bahn-Anschluß", sagt der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz. "Wir wollen aus der Zitadelle ein weit strahlendes Kultur- und Tourismuszentrum machen."

Mit dem Logo "Zitadellenstadt Berlin-Spandau" will der Bezirk die Militäranlage in den Mittelpunkt seiner Fremdenverkehrswerbung rücken. Auch Landesrechnungshof und Abgeordnetenhaus dringen seit Jahren auf eine bessere Vermarktung der mit Millionenaufwand sanierten Anlage. Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz und Kulturstadtrat Gerhard Hanke (beide CDU) seien bislang ein schlüssiges Konzept schuldig geblieben, begründet Buchholz die Initiative der SPD. Hanke nennt das SPD-Papier indes "zusammengeschustert".

Manfred Kühne, Leiter der Obersten Denkmalschutzbehörde, hält eine Aufwertung der Renaissancefestung erst mittel- oder gar langfristig für realistisch. "Die notwendigen Investitionsmittel können weder private noch öffentliche Stellen derzeit bereitstellen", sagt Kühne, der federführend an einem vom Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses geforderten Konzept für die Zitadelle arbeitet. In einem Bericht, den der Ausschuß am 28. Februar beraten will, wird Kühne vor allem auf zwei Förderanträge bei der EU verweisen: Das polnische Küstrin hat einen Verbund Europäischer Festungsstädte initiiert, an dem sich Spandau beteiligen will. Die Marketinggesellschaft "Partner für Spandau" hofft auf EU-Mittel zur Entwicklung eines Tourismuskonzepts für die Zitadelle. Die SPD-Präsentation mußte

Partner-Geschäftsführer Swen-Uwe Dettmann gestern verlassen.

URL dieses Artikels: <http://www.morgenpost.de/content/2005/02/16/bezirke/735214.html>